

LESERBRIEFE

Das Unheil des Autobahnmonsters kommt dann doch über Leverkusen

VON MANFRED URBSCHAT, LEVERKUSEN

Zu unserer Berichterstattung über die Proteste gegen den Autobahnausbau um Leverkusen Seit der letzten Sitzung des Leverkusener Stadtrates wird leider zur Gewissheit, was viele lange befürchtet hatten. Der vollmundig und wählerwirksam angekündigte totale kommunale Ungehorsam im Zusammenhang mit dem drohenden Autobahnausbau zerfällt immer schneller: Die Ratsmehrheit beschließt überraschend, dass die Verwaltung der Autobahn GmbH die gewünschten Katasterunterlagen übermitteln darf.

Der Grund dafür soll das Ergebnis einer Art von Geheimdiplomatie sein. Eine Delegation ausgesuchter Leverkusener Entscheider (Wer hat die Teilnehmer eigentlich bestimmt?) ist kurzfristig zu Gesprächen nach Berlin gereist und man wurde dieses Mal auch vom Pförtner eingelassen.

Es sei ein angenehmes Treffen gewesen, hörte man am Montag im Rat. Von Schnittchen oder Kaffee wurde nicht berichtet, inhaltlich Bedeutsames erfuhren die Ratsmitglieder aber auch nicht. Man wolle als gute Demokraten nun mit der GmbH im Gespräch bleiben und dafür brav erst einmal die geforderten Katasterdaten herausgeben.

Wer über die Autobahn in Richtung Süden fährt und sieht, wie sich die Autobahn GmbH durch Feld und Flur fräst und dabei ganze Landstriche autogerecht „modelliert“, bekommt einen Begriff davon, wie gewaltig ihr Einfluss bei Verhandlungen mit betroffenen Kreisen oder Kommunen ist.

Zur Leverkusener Reisegruppe müssen in Anlehnung an den Leserbrief von Herrn Schröder zum Fester Weg einige Zitronenfaltende gehört haben, denn man scheint tatsächlich zu glauben, mit dieser Firma bzw. mit dem amtierenden Verkehrsminister auf Augenhöhe verhandeln zu können.

Nur die verkaufsunwilligen, langjährigen direkten Anrainer der Autobahn haben ein berechtigtes Interesse und sind eine echte Bedrohung für die Ausbaupläne. Hier werden folglich schon lange im Stillen konkrete Verhandlungen geführt. Die Autobahn GmbH belästigt Grundstückseigentümer mit ihren Kaufangeboten und versucht, auf diese Weise Solidarität und Durchhaltewillen in der Nachbarschaft zu schwächen.

Für die Anwohner der Autobahn, die ihr Zuhause nicht aufgeben wollen, sind die neuerlichen Spielchen der Politik eine Katastrophe.

Wann stärkt die Stadt diesen Bürgern endlich öffentlich den Rücken und bietet in irgendeiner Form eine Plattform und solidarisch Rat und Hilfe für drohende Enteignungsverfahren an?

Die Hoffnung stirbt zuletzt, aber sie kann sterben: Der neue Bundesverkehrswegeplan soll nach der nächsten Bundestagswahl beschlossen werden und die Hoffnung des Arbeitskreises ist es, dass dann für Leverkusen Verbesserungen beschlossen werden könnten.

Sieht man sich die bisher geäußerten Verkehrsprognosen des Verkehrsministeriums an, insbesondere für den Warentransport mit Lkw, so ist nicht zu sehen, dass eine wesentliche Abkehr vom bisherigen Verkehrssystem zugunsten des Warenferntransportes über die Bahn erwartet wird.

Dies spricht dafür, dass die Leverkusener Hoffnungen wahrscheinlich enttäuscht werden und es bei der Planung des acht- bis zehnspurigen Ausbaus der Autobahntrassen durch Leverkusen bleibt. Die Tatsache, dass der neue Bundesverkehrswegeplan erst nach dieser Wahlperiode beschlossen werden soll beinhaltet auch, dass sich vielleicht wieder die konserverativ am Kfz-Verkehr festhaltenden politischen Parteien durchsetzen und damit das Unheil dieses Autobahnmonsters doch über die Stadt Leverkusen kommt und Leverkusen noch mehr zu Autokusen wird.

Falls nicht, ist immer noch das Druckmittel da, dass der Bau der zweiten Brücke bereits in die Wege geleitet ist. Wozu dann diese Brücke, wenn nicht für die entsprechende Autobahn? Eine theoretische Alternative besteht in der Nutzung oder zumindest Mitnutzung für den Nahverkehr zwischen Leverkusen und Köln, der bisher große Umwege für Berufstätige erfordert, um zum Leverkusen gegenüberliegenden Kölner Gewerbegebiet und umgekehrt zu gelangen.

Dies wäre dann ein Gewinn für Leverkusen und Köln